

DAH | Wilhelmstraße 138 | 10963 Berlin

**Herrn Minister
Manne Luche**

Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg
Else-Josenhans-Straße 6
70173 Stuttgart

Geschäftsführung

+49 (0) 30 69 00 87 – 87

geschaeftsfuehrung@dah.aidshilfe.de

07. März 2022

Bitte um Vorbereitungen zur Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine, die opioidabhängig oder in einer Substitutionsbehandlung sind

Sehr geehrter Herr Minister,

angesichts der humanitären Katastrophe in der Ukraine ist zu erwarten, dass weitere Hunderttausende vor den russischen Truppen fliehen werden – im Fall einer Besetzung dann auch Männer zwischen 18 und 60 Jahren, denen als Wehrpflichtige jetzt noch die Ausreise verweigert wird.

Darunter werden sich auch zahlreiche Personen befinden, die opioidabhängig oder in einer Substitutionsbehandlung sind, die in Russland und in den von Russland besetzten oder annektierten Gebieten der Ukraine verboten ist.

Folgende Zahlen liegen uns von UNAIDS vor (auf Basis ukrainischer Daten; Stand: Anfang 2021):

- Etwa 350.000 Menschen konsumieren injizierbare Drogen; 75 % davon Männer und 25 % Frauen.
- Hiervon sind etwa 200.000 Personen abhängig von Opioiden.
- Im Januar 2021 befanden sich etwa 15.000 Menschen in einer Substitutionsbehandlung.

Neben den 15.000 Menschen, die sich aktuell in der Substitutionsbehandlung befinden, wird man also von rund 185.000 opioidabhängigen Personen ausgehen können, die im Fall einer Flucht in einer sehr schlechten gesundheitlichen Verfassung in den Aufnahmeländern ankommen. Viele von ihnen sind mit HIV infiziert (Schätzungen reichen bis zu 20 Prozent der Opiodabhängigen), auch Tuberkulose als Begleitkrankheit ist weit verbreitet.

Wie viele opioidabhängige oder substituierte Menschen fliehen und wie viele nach Deutschland kommen werden, wissen wir natürlich nicht. Für die einzelnen Bundesländer könnten aber auf jeden Fall zusätzliche Behandlungsbedarfe entstehen, die ohne entsprechende Maßnahmen nicht bewältigt werden können.

Wir bitten Sie als das für Gesundheit zuständige Mitglied der Landesregierung daher, unverzüglich Vorbereitungen zu treffen, um die Fortsetzung oder den Beginn einer opioidgestützten Substitution sowie die Fortsetzung einer HIV-Behandlung zu ermöglichen. Setzen Sie sich auch bitte bei den Kassenärztlichen Vereinigungen dafür ein, die Obergrenzen für Opioidsubstitutionsbehandlungen in Praxen und Ambulanzen im Bedarfsfall aufzuheben.

Für die medizinische Aufnahme und weitere Versorgung ist über den bisherigen Standard hinaus in Erwägung zu ziehen:

- Bereitstellung von Fachkräften, die Erfahrungen in der Behandlung akuter psychischer Traumata aufweisen, vorzugsweise ukrainischsprachige, ansonsten mit Sprachmittler*innen
- Bereitstellung von Lots*innen/Sozialarbeiter*innen, die in den Sammelunterkünften und/oder in den Sozialen Medien als Bindeglied zur medizinischen Versorgung fungieren könnten, da der Sanitätsdienst vor Ort das bei der großen Personenzahl nicht leisten können.
- Erweiterung des diagnostischen Angebots um HIV- und HCV-Tests. Aufrechterhaltung des TBC-Screenings, Fokus auf MDR-TBC
- Anamnese von Substanzstörungen/Abhängigkeitserkrankungen; Erweiterung der Diagnostik um Tests auf Opiode (Morphin, Methadon/EDDP und Buprenorphin)
- Bereitstellung von Ärzt*innen, die Erfahrungen mit der HIV-/HCV-/TBC-Behandlung und mit der Opioidsubstitution haben.

- Schnelle Aufnahme der Geflüchteten in die gesetzliche Krankenversicherung.

Wir unterstützen Sie dabei gerne mit Kontakten und Ideen.

Mit freundlichen Grüßen



Silke Kumb
Geschäftsführung

im Namen der folgenden Organisationen (in alphabetischer Reihenfolge):



dagnä



Fachverband
Drogen- und
Suchthilfe e.V.



forum
Substitutionspraxis



Dieses Schreiben geht zur Kenntnis auch an den Beauftragten der Bundesregierung für Sucht- und Drogenfragen und die Vorsitzenden der KV-Qualitätskommissionen zur Opioidsubstitutionsbehandlung.

Quellen/weitere Informationen:

www.forum-substitutionspraxis.de/ukraine

Drogengebrauch und Substitution in Polen:

https://www.emcdda.europa.eu/system/files/publications/11349/poland-cdr-2019_0.pdf